

Regierung stehe an Seite der Ukraine, „egal, was meine deutschen Wähler denken“, sagt Baerbock

Stand: 01.09.2022 | Lesedauer: 3 Minuten

Im Herbst und im Winter rechnet Außenministerin Annalena Baerbock mit Protesten gegen hohe Energiepreise. Eine Änderung der Ukraine-Politik durch den Druck der Straße lehnt die Grünen-Politikerin aber ab. Baerbocks Aussage sorgt für eine heftige Debatte.

Mögliche Proteste wegen hoher Energiepreise im Herbst und Winter werden den Worten von Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) zufolge nicht zur Aufhebung von Sanktionen gegen Russland führen.

„Wenn ich den Menschen in der Ukraine das Versprechen gebe: ‚Wir stehen an eurer Seite, solange ihr uns braucht‘, dann werde ich diese Versprechen einhalten. Egal, was meine deutschen Wähler denken. Aber ich werde die Menschen in der Ukraine wie versprochen unterstützen“, sagte Baerbock nach dem informellen Treffen der EU-Außenminister ([/politik/ausland/article240740369/EU-Aussenminister-Treffen-Risiken-und-Nebenwirkungen-eines-Visa-Stopps.html](https://politik.ausland/article240740369/EU-Aussenminister-Treffen-Risiken-und-Nebenwirkungen-eines-Visa-Stopps.html)) auf einer Podiumsdiskussion am Mittwoch in Prag (https://www.youtube.com/watch?v=78-_0u5sH3k&t=2s).

Ihr sei bewusst, dass mit der anstehenden Winterzeit weitere Herausforderungen auf die Politik zukommen werden: „Die Menschen werden auf die Straße gehen und sagen, dass sie ihre Energiepreise nicht bezahlen können.“ Dagegen müsse man mit Sozialmaßnahmen vorgehen, aber sie werde deswegen nicht sagen, man müsse die Sanktionen gegen Russland aufheben.

„Wir werden an der Seite der Ukraine stehen, und das bedeutet, dass die Sanktionen auch im Winter aufrechterhalten werden, selbst wenn es für Politiker sehr schwierig wird“, sagte die Grünen-Politikerin weiter.

Die AfD und die Linke warfen der Grünen-Politikerin deshalb eine Missachtung des Wählerwillens vor. Kritik kam auch aus der CDU, bei Twitter war #BaerbockRuecktritt am Donnerstag einer der meistgenutzten Hashtags in Deutschland.

Die Kritik an Baerbocks Äußerung ist nach Darstellung des Auswärtigen Amts durch pro-russische Desinformation befördert worden. „Der Klassiker: Sinnenstellend zusammengeschnittenes Video, geboostert von prorussischen Accounts und schon ist das Cyber-Instant-Gericht fertig, Desinformation von der Stange“, schrieb der Ministeriumsbeauftragte für strategische Kommunikation, Peter Ptassek (<https://twitter.com/Ptassek/status/1565286936130060290>), am Donnerstag auf Twitter. „Ob wir uns so billig spalten lassen? Glaube ich nicht.“ Sein Tweet wurde vom offiziellen Twitterkanal des Auwärtigen Amts weiterverbreitet.

Baerbock schlägt strategische Neuausrichtung der Russlandpolitik vor

Zuvor hatte Baerbock beim informellen EU-Außenministertreffen für eine strategische Neuausrichtung der Russlandpolitik der EU geworben. Der Vorschlag der Außenministerin umfasste vier Punkte: die Stärkung der eigenen Wehrhaftigkeit, die Unterstützung von russischen Regimegegnern ([/politik/ausland/article236295067/Nawalny-Inhaftierter-Regimekritiker-bereut-seine-Rueckkehr-nach-Russland-nicht.html](https://politik.ausland/article236295067/Nawalny-Inhaftierter-Regimekritiker-bereut-seine-Rueckkehr-nach-Russland-nicht.html)), die Unterstützung der Ukraine sowie die Zusammenarbeit mit weltweiten Partnern bei der Verteidigung des internationalen Rechts.

Auch in dem Konzept, das die Mitgliedstaaten als Diskussionsgrundlage erhalten haben, wird eingeräumt, dass die Unterstützung der Ukraine einen Preis hat, der voraussichtlich auch noch einmal steigen werde. Strategische Kommunikationsbemühungen sollten deswegen darauf abzielen zu zeigen, wie die Unterstützung für die Ukraine langfristig die Sicherheit Europas erhöhe und warum Sanktionen notwendig und effizient seien.

In dem Text wird auch festgehalten, was das Ziel der Unterstützung der Ukraine sein sollte. „Um künftigen Aggressionen vorzubeugen, muss sich Russlands Krieg gegen die Ukraine in ein strategisches Scheitern verwandeln“, heißt es in dem als Verschlussarbeit eingestuften Papier, das der Deutschen Presse-Agentur vorliegt. Dieses Scheitern definiere man im weitesten Sinne und es umfasse auch eine Entkopplung von Russland im Bereich der Energie.

Zuletzt hatte sich die EU 2016 auf fünf gemeinsame Prinzipien für den Umgang mit dem Russland verständigt. Bereits damals nahm sie sich vor, die Widerstandsfähigkeit gegenüber Bedrohungen aus Russland zu stärken.

Hinweis: In einer früheren Version wurde Baerbock mit „egal, was die deutschen Wähler denken“ zitiert. Sie sagte wortwörtlich aber „.... was meine deutschen Wähler denken“, was wir korrigiert haben.

„Kick-off Politik“ ist der tägliche Nachrichtenpodcast von WELT. Das wichtigste Thema analysiert von WELT-Redakteuren und die Termine des Tages. Abonnieren Sie den Podcast unter anderem bei Spotify (<https://open.spotify.com/show/5YJ9twWCs7n3TwY1v9qCND>), Apple Podcasts (<https://podcasts.apple.com/de/podcast/kick-off-politik/id1584780171>), Amazon Music (https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd-d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?ref=dm_sh_DJg0sEabHwpV0f8wc9yZuPh8v) oder direkt per RSS-Feed.

dpa/mmi/sebe

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/240801361>